

15.09.2022

Niedersachsen: LSVD-Regenbogencheck zur Landtagswahl Lesben- und Schwulenverband veröffentlicht Auswertung der Wahlprüfsteine

Hannover. 15. September 2022. Im Vorfeld der Landtagswahl am 09. Oktober hat der Lesbian- und Schwulenverband (LSVD) Niedersachsen-Bremen Wahlprüfsteine an die Parteien geschickt. Der LSVD hat mit seinen Wahlprüfsteinen zu sieben Themenfeldern die Positionen und das Engagement der Parteien zu LSBTIQ-Themen in der kommenden Legislaturperiode abgefragt. Die Antworten und ihre Bewertung liegen nun vor. Dazu erklärt **Benjamin Rottmann, Vorsitzender des LSVD Niedersachsen-Bremen**:*

Bei den Antworten im LSVD-Regenbogencheck haben Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke die größte Übereinstimmung mit unseren Forderungen. Die SPD Niedersachsen hat trotz mehrmaliger Erinnerung nicht geantwortet. Ob die Akzeptanz von LSBTIQ* für die Sozialdemokrat*innen in Niedersachsen in der nächsten Legislaturperiode ein wichtiges Thema sein wird oder welchen Stellenwert sie der Stärkung von Regenbogenfamilien oder dem Kampf gegen LSBTIQ*-feindliche Hasskriminalität in unserem Bundesland geben werden, bleibt fraglich. Die CDU antwortet nur mit einem Fließtext und ignorierte einen Großteil der Fragen.

Hier geht es zur [Auswertung der Wahlprüfsteine und zu den Antworten der Parteien \[https://nds-bremen.lsvd.de/landtagswahl-2022/\]](https://nds-bremen.lsvd.de/landtagswahl-2022/)

Erfreulich ist, dass sowohl die FDP als auch die Grünen und die Linke dafür sorgen wollen, dass in Niedersachsen endlich ein Aktionsplan zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt auf den Weg gebracht wird. Bei der Absicherung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, intergeschlechtliche und queere Menschen (LSBTIQ*) sind sich die drei Parteien ebenso einig wie bei der Forderung, LSBTIQ* endlich auch in die Landesverfassung und ins Grundgesetz aufnehmen zu wollen. Die CDU schweigt zu diesen Themen. Im Kampf gegen LSBTIQ*-feindliche Hassgewalt wollen Grüne und Linke dafür sorgen, dass bei der Landespolizei und den Staatsanwaltschaften hauptamtliche LSBTIQ*- Ansprechpersonen etabliert werden. Die CDU hat sich dazu nicht positioniert, ebenso wie die FDP.

In Schule und Unterricht wollen Grüne und Linke dafür eintreten, dass sexuelle und geschlechtliche Vielfalt fächerübergreifend thematisiert wird und vielfaltsabbildende Unterrichtsmaterialien verstärkt den Weg in die Klassenzimmer finden. Den Ausbau von Fortbildungsangeboten, um die Regenbogenkompetenz von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften zu erhöhen, und die finanzielle Stärkung queerer Bildungsprojekte will auch die FDP mittragen. Bei der Frage, wie ein sach- und zeitgemäßer Umgang mit Regenbogenfamilien in Niedersachsen gefördert werden kann, zeigen sich die drei Parteien ebenfalls unterstützend.

Im Bereich der Altenhilfe und -arbeit wollen FDP, Linke und Grüne durch Fortbildungen sowie durch verpflichtende Ausbildungsmodule den professionellen und diskriminierungsfreien Umgang mit Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt voranbringen. Die FDP will prüfen, ob sie

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Pressemitteilung



eine landesweite Fachstelle zur Sensibilisierung, Beratung und Schulung in diesem Bereich auf den Weg bringen kann.

Wollen Sie noch mehr erfahren? Dann werfen Sie einen Blick in die Wahlprüfsteine des LSVD Niedersachsen-Bremen. Hier finden Sie die [Wahlprüfsteine mit den kompletten Fragen und die Antworten der Parteien](https://nds-bremen.lsvd.de/landtagswahl-2022/). [<https://nds-bremen.lsvd.de/landtagswahl-2022/>]

Hier gibt es die Auswertung als [Grafik](https://nds-bremen.lsvd.de/mediathek/wps_2022-auswertung.png) [https://nds-bremen.lsvd.de/mediathek/wps_2022-auswertung.png] zum Download

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.